



Ein knappes „Ausreichend“ für die Studiengebühren

2010-06-04, 22:37

Kategorie **Bildungsstreik, Hochschule, Hochschulpolitik**

Das leidige Thema. Jetzt nach der NRW-Landtagswahl könnte es zu einigen Änderungen kommen. Es gibt ein flexibles Modell zur Hochschulfinanzierung, mit dem sich Land und Studierendenschaft anfreunden könnten. Ob es allerdings dazu kommt, bleibt fraglich.

Wenn an der Koalition neben oder statt schwarz und gelb eine andere politische Farbe beteiligt sein sollte – und dass sich etwas ändern wird, ist sicher – wird das Thema Studiengebühren auf der Agenda stehen. Alle Oppositionsparteien haben mit dem sofortigen oder schrittweisen Abbau der Studiengebühren geworben und auch die kürzlich erschienene Studie „Gebührenkompass 2010“ bestätigt die allgemeine Stimmung um die Studiengebühren.

Mehr als 5000 Studierende an 48 Hochschulen wurden befragt. In Nordrhein-Westfalen lehnen 70,7 % der Befragten Studiengebühren ab. In Schulnoten erhalten die NRW-Hochschulen eine 4,12. Nur 27 % sind der Meinung, dass es zu einer Verbesserung der Lehrbedingungen an den Hochschulen gekommen ist. Das Ergebnis ist eindeutig. Die Wissenschaftler der Studie haben drei wichtige Voraussetzungen ermittelt, welche erfüllt sein müssen, damit die Verausgabung der Studiengebühren den Studierenden weniger missfällt:

- Die vereinnahmten Gelder müssen sachgerecht eingesetzt werden, vor allem für die Verbesserung der Lehre und der Infrastruktur
- Studierende müssen gleichberechtigt in den Prozess der Gebührenverteilung einbezogen werden
- Studierende müssen vollständig und transparent über die Verwendung der Gelder informiert werden

In der Realität informieren zwar viele Hochschulen über die Verwendung der vereinnahmten Studiengebühren, jedoch sind diese Angaben meist so unübersichtlich, dass den Studierenden der Durchblick verwehrt bleibt.

Nordrhein-Westfalen wird in der Diskussion um die Studiengebühren eine wichtige Rolle zugesprochen. So gilt es als wahrscheinlich, dass bei einer Abschaffung neugewählte Landesregierungen anderer Bundesländer ebenfalls aussteigen werden. Nur Bayern und Baden-Württemberg gelten als konservative Studiengebührenvertreter. So gibt es zum Beispiel in Hamburg ein Modell der Gebühren, welches auch in NRW erfolgsversprechend sein könnte.

Dabei spricht man von den so genannten „nachlaufenden Studiengebühren“. Studierende einer Hochschule zahlen während ihres Studiums keine Gebühren und müssen erst, wenn sie eine Arbeitsstelle haben, welche genug Verdienst mit sich bringt, die Gebühren „nachzahlen“. Dabei zahlt der Staat die Gebühren zinsfrei für den Studierenden vor. Findet ein Student keinen Job oder verdient er unterhalb einer bestimmten Grenze, bleibt das Studium kostenfrei, da die Forderung nach ein paar Jahren verfällt. Man könnte in diesem Modell auch eine Art Hochschulsteuer sehen, welche nur fällig wird, wenn jemand von dem Studium profitiert hat.

Bei diesem Kompromiss könnten ein übermäßiger Abbau von Hochschulpersonal und der Stopp verschiedener Hochschulprojekte vermieden werden und gleichzeitig die finanzielle Belastung während des Studiums reduziert werden.